

Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Lippe von der Regierungsbezirksgrenze Münster und Arnsberg bis zur Regierungsbezirksgrenze Münster und Düsseldorf

3.47

- Überschwemmungsgebietsverordnung „Lippe“ -

Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Lippe von der Regierungsbezirksgrenze Münster und Arnsberg bis zur Regierungsbezirksgrenze Münster und Düsseldorf

**- Überschwemmungsgebietsverordnung „Lippe“ -
vom 26.03.2004**

Aufgrund

- § 32 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz – WHG -), Neubekanntmachung vom 19.08.2002 (BGBl. I S. 3246),
- der §§ 112, 116, 136, 138, 141 und 161 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz - LWG -), Neubekanntmachung vom 25.06.1995 (GV. NRW S. 926/SGV. NRW 77),
- der §§ 12, 25, 27 bis 30, 33 bis 35 des Gesetzes über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz - OBG -), Neubekanntmachung vom 31.05.1980 (GV. NRW S. 528/SGV. NRW 2060) und
- § 1 in Verbindung mit Nr. 23.1.158 der Anlage der Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten auf dem Gebiet des technischen Umweltschutzes (ZustVOtU) vom 14.06.1994 (GV. NW. S. 360, ber. S. 546),

jeweils in der zur Zeit geltenden Fassung, ergeht folgende ordnungsbehördliche Verordnung:

§ 1

Räumlicher Geltungsbereich

Für die Lippe wird von der Regierungsbezirksgrenze Münster / Arnsberg bis zur Regierungsbezirksgrenze Münster / Düsseldorf das Überschwemmungsgebiet neu festgesetzt. Das Überschwemmungsgebiet betrifft die gemäß § 2 zeichnerisch dargestellten und erläuterten Flächen beiderseits der Lippe, die bei einem 100-jährlichen Hochwasserereignis überschwemmt oder durchflossen oder die für Hochwasserentlastung oder Rückhaltung beansprucht werden. Diese Flächen stellen zugleich das natürliche Überschwemmungsgebiet im Sinne des § 32 Abs. 2 WHG dar und konkretisieren die wasserrechtlich geschützten natürlichen Rückhalteflächen der Lippe.

§ 2

Darstellung des Überschwemmungsgebiets

- (1) Das Überschwemmungsgebiet ist in der beigefügten Übersichtskarte (im Maßstab 1: 50000) und den 30 Lageplänen (im Maßstab 1 : 5000 - Deutsche Grundkarte) **blau** gekennzeichnet. Übersichtskarte und Lagepläne sind Bestandteile dieser Verordnung und mit Zugehörigkeitsvermerk versehen.
- (2) Die Lippe selber, deren Gewässerbett und Ufer **nicht** Bestandteil des Überschwemmungsgebiets sind, ist zur besseren Darstellung und Lesbarkeit der Karten ebenfalls blau dargestellt. Damit wird auch berücksichtigt, dass naturnahe Gewässer im Laufe der Geltungsdauer dieser Verordnung aus eigendynamischer Entwicklung heraus ihre Ufer verändern können.
- (3) Im Bereich von gewässerkreuzenden Brücken, Durchlässen etc. ist in den Karten die Abgrenzung der Wasseroberfläche (unterhalb von Brückenkonstruktionen etc.) blau dargestellt. Dies bedeutet, dass die Überflutungssicherheit der Straßen und Brücken aus den Karten **nicht** abgelesen werden kann. Informationen hierüber liegen bei den zuständigen Behörden (insbesondere Bau- und Wasserbehörden, Straßenbauverwaltungen) vor.

§ 3

Darstellung bebauter Bereiche

- (1) Zulässigerweise errichtete Einzelbebauungen, die ganz oder teilweise bei dem berechneten Hochwasserereignis überflutet werden können, sind als „überflutungsgefährdete Bebauung“ **nachrichtlich türkisfarben** dargestellt.
- (2) Gebiete, die bei dem berechneten Hochwasserereignis überflutet werden können und innerhalb eines rechtskräftigen Bebauungsplanes liegen, gehören **nicht** zum Überschwemmungsgebiet. Sie sind **nachrichtlich türkisfarben** dargestellt.

Hierzu gehören auch Bereiche innerhalb im Zusammenhang bebauter Ortsteile. Die Herausnahme aus dem festgesetzten Überschwemmungsgebiet bedeutet keine Bewertung in baurechtlicher Hinsicht. Ob und inwieweit vorhandene Bebauung unter Bestandsschutz steht, ist nach baurechtlichen Kriterien zu beurteilen.

Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Lippe von der Regierungsbezirksgrenze Münster und Arnsberg bis zur Regierungsbezirksgrenze Münster und Düsseldorf
- Überschwemmungsgebietsverordnung „Lippe“ -

3.47

- (3) Bauliche Änderungen, insbesondere Erweiterungen und Nutzungsänderungen, sind im Rahmen von Einzelfallprüfungen, unabhängig von baurechtlichen Fragestellungen, von dem zuständigen Staatlichen Umweltamt zu beurteilen. Gegebenenfalls hierfür erforderliche Genehmigungen gemäß § 113 LWG sind dort zu beantragen.
- (4) Siedlungen oder Einzelbebauungen, die durch Hochwasserschutzanlagen vor Überschwemmungen einer bestimmten Jährlichkeit geschützt werden, sind bei deren Versagen gefährdet. Diese Gebiete werden als potenzielles Überflutungsgebiet **nachrichtlich gelb** dargestellt. Sie gehören **nicht** zum festgesetzten Überschwemmungsgebiet.
- (5) Rückgewinnbare Überschwemmungsflächen sind **nachrichtlich rosa** dargestellt, soweit sie nach Prüfung im Einzelfall geeignet sind, durch entsprechende Maßnahmen wieder zum Überschwemmungsgebiet zu werden.

§ 4

Auslegung

Diese Verordnung und die gemäß § 2 dazugehörenden Unterlagen liegen vom Tage des Inkrafttretens an (§ 7 Abs. 3) während der Dienststunden zur Einsicht bei folgenden Behörden aus:

- | | |
|--|---|
| 1. Kreisverwaltung Coesfeld
Untere Wasserbehörde | Unterlagen jeweils für das
Kreisgebiet |
| 2. Stadtverwaltung Olfen | Stadtgebiet |
| 3. Kreisverwaltung Recklinghausen,
Untere Wasserbehörde | Unterlagen jeweils für das
Kreisgebiet |
| 4. Stadtverwaltung Datteln | Stadtgebiet |
| 5. Stadtverwaltung Dorsten | Stadtgebiet |
| 6. Stadtverwaltung Haltern am See | Stadtgebiet |
| 7. Stadtverwaltung Marl | Stadtgebiet |
| 8. Stadtverwaltung Waltrop | Stadtgebiet |
| 9. Kreisverwaltung Warendorf,
Untere Wasserbehörde | Unterlagen jeweils für das
Kreisgebiet |
| 10. Stadtverwaltung Ahlen | Stadtgebiet |
| 11. Stadtverwaltung Wadersloh | Stadtgebiet |
| 12. Bezirksregierung Münster,
Obere Wasserbehörde | für das gesamte Gebiet |

§ 5

Hinweise

- (1) Handlungen / Maßnahmen im Überschwemmungsgebiet bedürfen nach Maßgabe des § 113 LWG einer wasserrechtlichen Genehmigung
 - a) auf dem Gebiet des Kreises Coesfeld und des Kreises Warendorf durch das Staatliche Umweltamt Münster,
 - b) auf dem Gebiet des Kreises Recklinghausen durch das Staatliche Umweltamt Herten.

Diese ersetzt nicht nach anderen gesetzlichen Bestimmungen erforderliche Zulassungen, Erlaubnisse oder Genehmigungen, sondern tritt selbständig neben sie. Insbesondere bleiben baurechtliche Bestimmungen unberührt.
- (2) Die Festsetzungen dieser Überschwemmungsgebietsverordnung sind nachrichtlich in betroffene Flächennutzungspläne und Bebauungspläne zu übernehmen (§ 5 Abs. 4 Satz 1 sowie § 9 Abs. 6 Baugesetzbuch - BauGB -, Neubeckanntmachung vom 27.08.1997, BGBl I S. 2141)
- (3) Nach § 32 WHG und § 112 LWG ordnungsgemäß festgesetzte Überschwemmungsgebiete sind bei der Bauleitplanung zu beachten. (§ 1 Abs. 4, § 5 Abs. 2 Nr. 7, § 9 Abs. 1 Nr.16 BauGB).

§ 6

Ordnungswidrigkeit

Wer entgegen § 113 Abs. 1 Satz 1 LWG Handlungen / Maßnahmen ohne die erforderliche Genehmigung vornimmt oder einer mit einer solchen Genehmigung verbundenen vollziehbaren Auflage nach § 113 Abs. 2 LWG zuwiderhandelt, handelt ordnungswidrig und kann mit einer Geldbuße belangt werden (§ 161 Abs. 1 Nr. 19 in Verbindung mit § 161 Abs. 4 LWG).

Ordnungsbehördliche Verordnung zur Festsetzung des Überschwemmungsgebietes der Lippe von der Regierungsbezirksgrenze Münster und Arnsberg bis zur Regierungsbezirksgrenze Münster und Düsseldorf
- Überschwemmungsgebietsverordnung „Lippe“ -

3.47

§ 7

Inkrafttreten

- (1) Diese Verordnung tritt eine Woche nach ihrer Verkündung im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Münster in Kraft.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Verordnung wird in dem von ihr erfassten Geltungsbereich das Überschwemmungsgebiet für die Lippe im Regierungsbezirk Münster, das aufgrund des Gesetzes zur Verhütung von Hochwasserschäden vom 16.08.1905 (Pr.Gs. 342) vom Vorstand des Königlichen Kanalbauamtes in Hamm unter dem 30.09.1913 in die Meßtischblätter Nr. 2437 - Bennighausen - Blatt 2 und Nr. 2362 - Ahlen - Blatt 5 eingetragen wurde, aufgehoben.
- (3) Mit Inkrafttreten dieser Verordnung wird in dem von ihr erfassten Geltungsbereich das Überschwemmungsgebiet für die Lippe im Regierungsbezirk Münster, das aufgrund des Gesetzes zur Verhütung von Hochwasserschäden vom 16.08.1905 (Pr.Gs. 342) vom Vorstand des Königlichen Kanalbauamtes in Dorsten unter dem 30.05.1913 in die Meßtischblätter Nr. 2432 - Waltrop - Blatt 8, Nr. 2359 - Lüdinghausen - Blatt 9, Nr. 2431 - Recklinghausen - Blatt 10, Nr. 2358 - Haltern - Blatt 11, Nr. 2357 - Wulfen – Blatt 12, Nr. 2430 - Marl – Blatt 13 und Nr. 2429 - Dorsten - Blatt 14 eingetragen wurde, aufgehoben.
- (4) Ebenfalls mit Inkrafttreten dieser Verordnung wird die am 08.08.1987 im Amtsblatt Nr. 32 für den Regierungsbezirk Arnsberg verkündeten Überschwemmungsgebietsverordnungen der Lippe für den Geltungsbereich des Regierungsbezirks Münster mit Az. 54.1.16 - I.1.23.30/974, aufgehoben.

Münster, den 26. März 2004

Bezirksregierung Münster
- Obere Wasserbehörde -
54.5-4.2-9.2.0
Dr. Jörg Twenhöven

(Bekannt gemacht im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Münster Nr. 17 vom 23.04.2004)